

Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses

Chantal Munsch

Bürgerschaftliches Engagement „bietet auch bislang engagementfernen Menschen Möglichkeiten zum Engagement und damit zur Integration und Teilhabe an unserer Gesellschaft“, so lautet eine zentrale Aussage der Engagementstrategie der Bundesregierung (2010: 6). In Diskrepanz zu dieser oft postulierten Integrationskraft gibt es gleichzeitig empirische Hinweise und theoretische Ansätze, welche den Schluss nahelegen, sozial benachteiligte Menschen seien im bürgerschaftlichen Engagement unterrepräsentiert bzw. würden ausgegrenzt. Ziel des vorliegenden Artikels ist es, das ambivalente Verhältnis zwischen sozialer Benachteiligung und bürgerschaftlichem Engagement aus verschiedenen theoretischen Perspektiven zu beleuchten. Zunächst werden Argumente dafür angeführt, dass bürgerschaftliches Engagement ein Weg zu mehr Partizipation sozial benachteiligter Gruppen sein könnte. Der Schwerpunkt des Beitrages liegt jedoch auf Erklärungen, welche aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven begründen, wieso bürgerschaftliches Engagement allem integrativen Anspruch zum Trotz ein (weiterer) Ort der Reproduktion sozialer Ausgrenzung ist.

1 | Bürgerschaftliches Engagement als Ort der Partizipation

Ein erstes Argument dafür, dass bürgerschaftliches Engagement sozial benachteiligten Gruppen Partizipationsräume eröffnen könnte, ließe sich in seinen zivilgesellschaftlichen Wurzeln begründen. Im vielstimmigen Diskurs der Zivilgesellschaft betrifft dies vor allem bestimmte Strömungen, welche die Erweiterung

von Partizipation in vermachteten Strukturen in den Vordergrund stellen: Aus der Perspektive der Neuen Sozialen Bewegungen wird Zivilgesellschaft zuvorderst als radikaldemokratisches Konzept verstanden; in der ostmitteleuropäischen Zivilgesellschaftsdiskussion spielt die antitotalitäre Stoßrichtung eine wesentliche Rolle, und die Frauenbewegung betont das Ziel einer Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse (vgl. Klein 2001). Hier geht es – vereinfacht dargestellt – um mehr Mitbestimmung in politischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen jenseits von Parteienpolitik, und diese Mitbestimmung richtet sich (auch) gegen etablierte hierarchische Strukturen. Wenn man bürgerschaftliches Engagement im Kontext eines solchen Verständnisses von Zivilgesellschaft verortet, dann könnte es ein Ort sein, an dem benachteiligte Gruppen sich mit ihren Anliegen am öffentlich-politischen Diskurs beteiligen können. Beispiele dafür sind die Frauenbewegung, die Schwulen- und Lesbenbewegung, die Krüppelbewegung oder das *black movement*. Gleichzeitig jedoch spielt die Frage nach den Beteiligungsmöglichkeiten sozial benachteiligter Gruppen im Diskurs um Zivilgesellschaft eine untergeordnete Rolle.

Eingeschränkt wird das Argument für bürgerschaftliches Engagement als Ort der Partizipation dadurch, dass es sich bei den Diskursen um bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft – allen inhaltlichen Parallelen zum Trotz – um zwei weitgehend getrennte Diskussionsbereiche handelt. Insbesondere hinsichtlich radikal-demokratischer zivilgesellschaftlicher Ansätze (vgl. ebd.: 259ff) finden sich Stimmen im Diskurs um bürgerschaftliches

Engagement, welche seinen politischen, v.a. radikaldemokratischen Gehalt in Frage stellen. Von dieser Seite wird bürgerschaftliches Engagement eher im Sinne freiwilligen Engagements verstanden – als Bestandteil eines Welfare-Mix, bei dem Verantwortungsübernahme im Vordergrund steht: Nicht mehr nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft und die Bürger sollen Verantwortung übernehmen und wohlfahrtsstaatliche Leistungen erbringen. Wenn es in diesem Zusammenhang um soziale Benachteiligung geht, dann stehen im Vergleich zu radikaldemokratischen Ansätzen hier weniger Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen bzw. der Machtverhältnisse zur Debatte, die diese reproduzieren. Nicht mehr gesellschaftliche Konflikte stehen im Vordergrund, Ziel ist vielmehr die Erbringung von Wohlfahrt zur Linderung schwieriger Lebensverhältnisse.

Gleichwohl lässt sich auch im Zusammenhang des Welfare-Mix ein zentrales Argument für das integrative Potential bürgerschaftlichen Engagements verorten: Es wird als möglicher Ort der Integration gerade jener thematisiert, welche nicht mehr über Erwerbsarbeit integriert sind. Im Sinne eines erweiterten Arbeitsbegriffs wird argumentiert, bürgerschaftliches Engagement biete „sinnvolle Tätigkeiten“ jenseits der Erwerbsarbeit. Dieses Argument von Integration jenseits der Erwerbsarbeit stellt eine wichtige Begründung für die öffentliche Förderung von bürgerschaftlichem Engagement dar – als ein Lösungsversuch vor dem Hintergrund der Krise sowohl der Erwerbsarbeitsgesellschaft als auch des Sozialstaates.

Neben den Argumenten von Zivilgesellschaft als Gegenmacht und von Integration über Arbeit jenseits von Erwerbsarbeit spielt drittens der Begriff der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle bei der Begründung der Integrationskraft bürgerschaftlichen Engagements. In Anlehnung an die Definitionen von politischer Partizipation wird auch bürgerschaftliches Engagement konzeptuell in einem öffentlichen Raum verortet, der klassischerweise als Gegensatz zur Privatsphäre verstanden wird. Während die Privatsphäre als Ort gezeichnet

wird, zu dem nur ausgewählte Mitglieder Zugang haben, wird die Öffentlichkeit als Raum dargestellt, dessen Diskurse und Unterstützungsleistungen prinzipiell für alle zugänglich sind. So definiert die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ bürgerschaftliches Engagement in Übereinstimmung mit vielen anderen AutorInnen als Tätigkeit, welche sich „in der Regel in Organisationen und Institutionen im öffentlichen Raum der Bürgergesellschaft“ entfaltet (Enquete-Kommission 2002: 90). Die „Öffentlichkeit“, welche die Enquete-Kommission als Bedingung bürgerschaftlichen Engagements nennt, soll die Transparenz und „Anschlussfähigkeit für potenzielle Kooperationspartner“ (ebd.: 88) garantieren. Öffentlichkeit als konstitutives Element bürgerschaftlichen Engagements hat also keine per se inklusive Wirkung, sie wird jedoch mit dem Anspruch verbunden, Zugang für alle zu ermöglichen (vgl. Munsch 2010; 2011). Während jedoch das explizite Ziel dieser Verortung von Engagement im öffentlichen Raum seine Öffnung ist, hat dieses Konstrukt öffentlichen Engagements jedoch gleichzeitig ausgrenzende Wirkung, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

2 | Bürgerschaftliches Engagement als Ort der Ausgrenzung

Ausgrenzung als ein wesentliches Merkmal von bürgerschaftlichem Engagement auszumachen, widerspricht dem eben skizzierten Diskussionshintergrund. Dies mag umso mehr Erstaunen hervorrufen, als dass bürgerschaftlich engagierte Gruppen in ihrem Selbstverständnis fast durchgängig ihre Offenheit betonen: „Hier wird jeder gebraucht!“. Die drei vorangegangenen Argumente für die Offenheit und das Integrationspotential bürgerschaftlichen Engagements sind indes eher auf der Ebene von Intentionen bzw. Absichtserklärungen anzusiedeln. Im Gegensatz dazu stehen bei der Analyse von Ausgrenzungsprozessen v.a. nicht bewusst intendierte Prozesse im Fokus der Betrachtung: In dieser Analyse richtet sich der

Blick nicht auf die Metaebene der Aushandlungsprozesse zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und staatlichen sowie wirtschaftlichen Akteuren, sondern vielmehr auf die Interaktionsprozesse zwischen Angehörigen von Minderheiten bzw. sozial benachteiligter Gruppen und Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, die sich zusammen engagieren.

Eine zweite Perspektive wird durch die Analyse von Ausgrenzungsprozessen im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement eröffnet: Es ist eine dekonstruktive Sicht auf die im ersten Teil dieses Beitrages vorgestellten Ideale bzw. normativ geprägten Merkmale von Zivilgesellschaft. Diese Perspektive ist jedoch nicht (wie zuweilen fälschlicherweise verstanden) als Kritik an diesen Idealen zu verstehen! Kritisiert wird jedoch ihre Gleichsetzung mit der *Realität*. Eine unhinterfragte Reifizierung der integrativen Ideale hat dabei – so die These – oft die Funktion, Ausgrenzungsprozesse im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements und damit deren Rolle bei der Reproduktion sozialer Hierarchien zu verdecken.

Einen ersten Hinweis auf Ausgrenzungsprozesse geben quantitativ-empirische Studien über die Merkmale von bürgerschaftlich bzw. freiwilligen Engagierten. Sie zeigen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen, erwerbslose Menschen und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen signifikant weniger bürgerschaftlich engagiert sind als erwerbstätige Menschen mit höherem Einkommen und höheren Bildungsabschlüssen (Erlinghagen et al. 1999). Die letzten Freiwilligensurveys (Gensicke et al. 2005; Gensicke/Geiss 2010) zeigen darüber hinaus, dass Männer eher im freiwilligen Engagement repräsentiert sind als Frauen, BewohnerInnen der alten Bundesländer eher als solche der neuen Bundesländer und Menschen ohne Migrationshintergrund eher als Menschen mit Migrationshintergrund. Die stathöhere soziale Gruppenzugehörigkeit ist diesen Studien zufolge also jeweils mit einer stärkeren Repräsentation im bürgerschaftlichen Engagement verbunden. Dieser Zusammenhang legt einen

diversitätstheoretischen Erklärungsversuch nahe.

2.1 | Diversitätstheoretische Erklärungsansätze

Eine wesentliche Grundlage einer diversitätstheoretischen Perspektive ist die Analyse von als allgemeingültig deklarierten Postulaten. Diversitätstheorien fragen danach, wessen Normen und Werte repräsentiert und verallgemeinert und welche Positionen dabei als besondere ausgegrenzt werden. In Bezug auf politisches Engagement haben feministische Politikwissenschaftlerinnen und DiversitätstheoretikerInnen v.a. den Begriff der Öffentlichkeit daraufhin analysiert, welche Formen und Themen von Engagement damit abgewertet bzw. ausgegrenzt werden. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Dichotomie zwischen einer öffentlich-politischen und einer privat-persönlichen Sphäre. Sie hat zur Folge, dass bestimmte Themen und Handlungsformen dem vorpolitischen bzw. privaten Raum zugeschrieben und somit aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen werden.

In diesem Sinne analysieren Iris Marion Young (1996) und Sheyla Benhabib (1996) die mehr oder weniger implizit festgelegten und als universell und kulturell neutral angenommenen Interaktionsformen, die mit der klassischen Vorstellung der öffentlich-politischen Sphäre verbunden werden. Besonders kritisieren sie das deliberative Demokratiemodell, wie es nicht zuletzt Jürgen Habermas (1996) vertritt. Der Schwerpunkt dieses Demokratiemodells liegt auf öffentlichen Diskussionsformen, bei denen verschiedene Standpunkte argumentativ vertreten werden und das bessere Argument siegen soll. Grundlage dieses argumentativen Streitgesprächs ist die Sichtweise von BürgerInnen als frei und gleich, bzw. das Ideal einer Verhandlungssituation, in der Macht- und ökonomische Unterschiede keine Rolle spielen sollen, in der also die Qualität der Argumente und nicht die Positionen der SprecherInnen entscheidend sei (vgl. ebd.).

Obwohl in diesem Modell großer Wert auf die Beteiligung möglichst vieler Menschen gelegt wird, privilegiert der geforderte wett-kampffähliche Austausch von Argumenten jedoch soziale Gruppen, die es gewohnt sind, sich selbstbewusst und konfrontativ zu äußern. Vorläufige, erklärende und versöhnliche Aussagen haben demgegenüber weniger Erfolg. Das dominierende Prinzip der Vernunft führt somit dazu, dass nicht-emotionale, entkörperlichte Kommunikationsformen höher bewertet werden als emotionale und gestikulierende. Dadurch werden besonders die Sprechweisen sozialer Minderheiten, insbesondere von ethnischen Minderheiten, Frauen und Angehörigen der Unterschicht ausgegrenzt. Besonders wenn Menschen sich aus eigener Betroffenheit, aus der Sorge um alltägliche und existenzielle Fragen engagieren, spielen Emotionen wie Wut eine wichtige Rolle. Aktionsformen werden vor allem dann als nicht konform zu den Interaktionsnormen der öffentlich-politischen Sphäre abgewertet, wenn sie von privaten Erfahrungen und Emotionen geprägt sind. Sie passen nicht zu der „Sachlichkeit, Apersonalität, Distanziertheit und Verfahrensregulierung“ (Holland-Cunz 1994: 227), welche das klassische Verständnis der öffentlich-politischen Sphäre kennzeichnen (vgl. Munsch 2011).

Ähnliche Ausschlussmechanismen betreffen neben den Interaktionsformen auch die Themen des Engagements: Bestimmte Themen werden als unpolitisch ausgegrenzt, weil sie dem vorpolitischen bzw. privaten Raum beispielsweise der Familie zugeschrieben werden. Erfahrungen sozialer Ausgrenzung äußern sich jedoch, so analysieren feministische wie postkoloniale TheoretikerInnen, gerade auch in persönlichen Erfahrungen (Ferree 2000; Miethe 2000). Die Ausgrenzung persönlicher Erfahrungen und Nöte aus einer entpersonalisierten öffentlichen Meinungs- und Entscheidungsbildung und ihre Verdrängung in eine entpolitisierte Privatsphäre trägt also zur Ausblendung von Ausgrenzungserfahrungen bei (vgl. Munsch 2011). Im bürgerschaftlichen Engagement werden Gruppen, die sich aus ei-

gener Betroffenheit engagieren, in diesem Sinne oft eher als Selbsthilfegruppen wahrgenommen, welche sich für eigene Ziele engagieren – im Gegensatz zu einem Engagement für das Allgemeinwohl, welches als bürgerschaftliches höhere Anerkennung erfährt.

Diese Kritik an den genannten universellen Kriterien bürgerschaftlichen Engagements bedeutet m.E. nicht, dass diese pauschal verworfen werden sollten. Sie bieten einerseits immer noch wichtige Rahmenbedingungen, haben aber andererseits nicht intendierte Folgen, denen entgegengesteuert werden muss – das Spannungsfeld zwischen universalistischen Ansprüchen und der damit verbundenen Ausgrenzung von Minderheiten lässt sich m.E. nicht einseitig auflösen.

2.2 | Lebensweltliche Perspektiven

Eine weitere Perspektive, welche eine universalistische Sicht auf bürgerschaftliches Engagement irritieren kann, stellt der lebensweltliche Zugang dar. Rekonstruktive Studien, welche soziales und politisches Engagement aus biografischer oder ethnografischer Perspektive erforschen, öffnen den Blick für eine Vielfalt unterschiedlicher Engagementformen. Indem sie vom gelebten Engagement ausgehen, zeigen sie vielfältige Formen von informeller Solidarität, Widerständigkeit und öffentlicher Meinungsbildung, welche aus einem klassischen Verständnis bürgerschaftlichen Engagements heraus kaum als solches wahrgenommen werden (vgl. für ethnische Minderheiten Munsch 2010). Auf diese Weise verdeutlichen sie die kulturelle Eindimensionalität bürgerschaftlichen Engagements, d.h. sie verweisen aus der lebensweltlichen Perspektive darauf, dass der dominierende Diskurs über bürgerschaftliches Engagement bestimmte Engagementformen verallgemeinert, die vor allem in der Mittelschicht verbreitet sind. Dies betrifft insbesondere die Fokussierung auf formal organisiertes Engagement in Vereinen, Verbänden u.ä. Organisationen. Diese eindimensionale Sichtweise hat zur Folge, dass Engagementformen sozial benach-

teiliger Gruppen öffentlich weniger Anerkennung erfahren.

Ein Aspekt der lebensweltlichen Perspektive auf bürgerschaftliches Engagement stellt der biografische Zugang dar. Gisela Jakob (1993; 2003) hat in ihrer Studie über ehrenamtliches Engagement herausgearbeitet, dass „ein Engagement [...] nur dann zustande [kommt], wenn mit der Übernahme einer Aufgabe Bezüge zur eigenen Biografie hergestellt werden können“ (Jakob 2003: 79). Sie zeigt, wie Menschen biografisch relevante Themen mit ehrenamtlichem Engagement bearbeiten. Wenn wir dies weiter denken, können wir Engagement „als biografisch erlerntes Bewältigungsverhalten biografisch und kulturell eingebetteter Themen“ (Munsch 2010: 11) definieren. Engagement als Lebensbewältigung zu verstehen, scheint zunächst für den Kontext sozialer Benachteiligung oder für Selbsthilfegruppen einleuchtend. Aber auch in vermeintlich gesicherten Lebensverhältnissen (in deren Kontext Jakob forscht) ermöglicht Engagement die Reproduktion von Handlungsfähigkeit, sozialer Integration und einer individuellen, lebensgeschichtlich konsistenten Identität¹ – auch wenn dies im Rahmen des Engagements nicht thematisiert wird. Obwohl also Begriffe wie Ehrenamt, bürgerschaftliches oder politisches Engagement oft dahingehend verstanden werden, dass sie ein Engagement für die Allgemeinheit, für andere darstellen, so verdeutlicht die biografische Passung des Engagements, dass auch dieses Engagement „für andere“ immer im Kontext der eigenen Lebensbewältigung zu verstehen ist. In diesem Sinne dekonstruiert die biografische Passung die Dichotomie zwischen privat-persönlicher und öffentlich-politischer Sphäre.

Die biografische Passung des sozialen und politischen Engagements betrifft nicht nur die Themen des Engagements, d.h. den Zusammenhang zwischen lebensgeschichtlich relevanten Erfahrungen und Problemen und dem Engagement, mit dem diese bearbeitet oder bewältigt werden sollen. Sie bezieht sich auch auf die Formen und sozialen Netzwerke, in

denen das Engagement stattfindet. Positive Erfahrungen mit Engagement im Kontext von Vereinen und Verbänden dominieren vor allem bei Angehörigen der Mittelschicht, während sich in Milieus, die durch Armut und Arbeitslosigkeit geprägt sind, eher informelle Formen der Solidarität in der Familie und unter Freunden, aber auch informelle Formen von Widerständigkeit finden lassen. Das soziale und politische Engagement kann somit im Kontext eines biografisch erworbenen Habitus bzw. kulturellen Kapitals verstanden werden.

In diesem Sinne verweist der biografische Aspekt der lebensweltlichen Passung auf ihren kulturellen Aspekt: Menschen engagieren sich mit Gleichgesinnten, und dies bezieht sich nicht nur auf ähnliche Vorstellungen über die Ziele von Engagement, sondern auch auf die Wege, die zu diesen Zielen führen sollen. Ob Kirchengemeinde, Antifa, Lyonsclub oder informelle Unterstützungsnetzwerke: Alle diese verschiedenen Zusammenhänge sind von einem eigenen Umgang mit Sprache, spezifischen Interaktionsmustern und Ritualen geprägt, und auch die Ästhetik der Räume, in denen die Engagierten sich treffen, unterscheidet sich hinsichtlich kultureller Aspekte. Diese Spezifik kulturell geprägter Räume von Engagement führt dazu, dass sich manche Menschen zugehörig fühlen und andere nicht, dass sie für manche die passende Form des Engagements bieten und andere sich ausgegrenzt fühlen. Auch in Bezug auf den kulturellen Aspekt von Engagement wird also deutlich, dass soziales und politisches Engagement immer in spezifische Kulturen eingebettet ist – gerade auch dann, wenn diese der impliziten Normalität zivilgesellschaftlichen Engagements entsprechen. Die theoretischen Ansätze zu *diversity* lenken dabei unseren Blick darauf, dass manche dieser Engagementkulturen unhinterfragt als normal verstanden, während v.a. diejenigen von Minderheiten als besondere, das heißt als „a-normale“ hervorgehoben werden.

Aus ethnografischer Perspektive schließlich wird besonders die Reproduktion sozialer Ausgrenzung im Zusammenhang der „lebenswelt-

lichen Passung“ des Engagements (Munsch 2010) deutlich. Die Grundlage der hier zusammengefassten Überlegungen bildet ein ethnografisches Forschungsprojekt, welches in einem Stadtteilhaus erforschen sollte, wieso sich sozial benachteiligte Gruppen weniger engagieren (vgl. Munsch 2005). Aus der Perspektive der teilnehmenden Beobachterin wurde dabei erfahrbar, wie sozial benachteiligte BewohnerInnen als störend wahrgenommen werden, wenn sie sich an einem Arbeitskreis beteiligen, in dem Menschen aus der Mittelschicht dominieren: Die Studie verdeutlicht die hohe Bedeutung von *Effektivität* für letztere. Es ist ihnen wichtig, dass ihr Engagement ohne viele Umwege zu Ergebnissen führt. Die Rekonstruktion der Interaktionen macht dabei deutlich, dass die *Effektivität* des Engagements mit bestimmten Formen der Interaktion gleichgesetzt wird. So bestehen implizite, aber klare Regeln für die Interaktionen. Sie führen dazu, dass Engagementformen, die diesen Regeln nicht entsprechen, als störend empfunden werden – auch dann, wenn sie sich nur leicht, z.B. sprachlich unterscheiden. Ein wesentliches Ergebnis der Studie besteht demzufolge in der Erkenntnis, wie schwer es Menschen aus der Mittelschicht fällt, Formen von Engagement zu akzeptieren, die (oft nur leicht) von den impliziten Interaktionsnormen abweichen. Durch die teilnehmende Beobachtung wird der Blick also weg von den vermeintlich engagementfernen Menschen und hin zu einer mittelschichtgeprägten Kultur des Engagements gelenkt, welche durch ihre Eindimensionalität Engagement marginalisierter Menschen tendenziell als anders und störend ausgrenzt.

Die bislang skizzierten Zugänge aus Diversitätstheoretischer, biografischer, lebensweltlicher und ethnografischer Perspektive vereint, dass sie v.a. kulturelle Aspekte fokussieren. Diese Analyse ist notwendig, weil Ausgrenzungsprozesse im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements auf der Normalisierung bestimmter Vorstellungen von Engagement beruhen, welche v.a. in der Mehrheitsgesellschaft verankert

sind. Würden wir es jedoch bei diesen Zugängen belassen, so gerieten wir in Gefahr, Marginalisierungsprozesse einseitig zu kulturalisieren. Deswegen benötigen wir ergänzend eine systemische Analyse auf der Metaebene, um die Systematik der Marginalisierung im Kontext sozialer Ungleichheit zu erfassen. Dies ist notwendig, um individualisierende und kulturalisierende Erklärungsmuster zu relativieren. Denn um die „mangelnde Beteiligung“ von sozial benachteiligten Gruppen beim bürgerschaftlichen Engagement zu erklären, werden zumeist individuelle oder gruppenbezogene Merkmale, insbesondere fehlende Ressourcen oder kulturelle Differenzen zu den Engagementstraditionen der Mehrheitsgesellschaft herangezogen.

Grundlage dieser strukturellen Perspektive ist ein Verständnis sozialer Benachteiligung als Ergebnis eingeschränkter Zugänge zu sozialen Positionen und Gütern (vgl. Kreckel 2001). Diese eingeschränkten Zugänge beruhen auf sozialen Differenzierungen, insbesondere in Bezug auf soziale Klasse, Geschlecht, Nationalität, Hautfarbe oder Wohnort (ebd.: 1730). Menschen, deren Zugang z.B. zu Erwerbsarbeit, Bildung, Einkommen oder statushöheren sozialen Positionen eingeschränkt ist, haben – so die These – ebenfalls einen erschwerten Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement. Eingeschränkte Zugänge wirken sich auf zweierlei Weise auf das Engagement aus: Zugänge zu Erwerbsarbeit, Einkommen und Bildung bestimmen zum einen die Ressourcen, die Menschen für ihr Engagement zur Verfügung stehen (oder nicht). Gerade in existentiellen Notlagen bleiben zumeist nur noch wenige Ressourcen, um sich „für andere“, „für die Allgemeinheit“ zu engagieren, wie es das herrschende Verständnis z.B. von bürgerschaftlichem Engagement vorsieht. Sie bestimmen zum zweiten die Problemlagen, welche Menschen mit Engagement zu bewältigen oder zu verändern versuchen. Der theoretische Ansatz der *political opportunity structures* (vgl. z.B. Kriesi 2004) schärft in besonderer Weise den Blick für die strukturellen Bedingungen von Enga-

gement. Am Beispiel ethnischer Minderheiten kann z.B. gezeigt werden, welch großen Einfluss nationale Inkorporationsmodi auf ihr Engagement haben (vgl. Koopmans 2004) oder wie unterschiedliche ethnische Gruppen von unterschiedlichen Förderbedingungen profitieren.

Fazit

Aus der vielfältigen finanziellen Förderung hat sich ein neues Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit im Bereich der Unterstützung und Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements entwickelt. Das Verständnis des Zusammenhangs zwischen sozialer Benachteiligung und bürgerschaftlichem Engagement wirkt sich dabei maßgeblich auf die Projekte aus: Wird den „engagementfernen“ Gruppen ein Mangel an Ressourcen, Fähigkeiten oder Motivation unterstellt, so bietet dies einen Ansatzpunkt für eher individualistisch und defizitorientierte Trainingsprogramme. Wird demgegenüber die Ursache für die geringe Repräsentation sozial benachteiligter Gruppen in den Dominanzkulturen (vgl. Rommelspacher 1995; Munsch 2010) gesehen, so würde sich eher eine Sensibilisierung derjenigen anbieten, welche im Engagement am stärksten repräsentiert sind. Gefragt wäre eine Reflexion der Rahmenbedingungen (Räume, Interaktionsformen etc.) daraufhin, für welche sozialen Gruppen sie gewohnt und für welche sie eher ungewohnt oder ausgrenzend wirken. Hilfreich wären z.B. Moderationsmethoden, die auf gleichberechtigte Beteiligung hinwirken. Die Strukturperspektive schließlich könnte eher an kritische Ansätze der Gemeinwesenarbeit anknüpfen, deren Ziel in der Ermächtigung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen und der Veränderung von Lebensbedingungen lag. Im Gegensatz zur Diskussion um bürgerschaftliches Engagement spielten Machtverhältnisse und soziale Konflikte hier eine zentrale Rolle (vgl. Oelschlägel 2001).

Insgesamt aber tut sich die skizzierte dekonstruktive Perspektive eher schwer mit Handlungsvorschlägen für eine Praxis, die eine gleich-

berechtigte Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement zu fördern versucht. Sowohl die lebensweltliche als auch die strukturelle Perspektive, welche die Ursachen der Ausgrenzung in den (impliziten) Interessen der Mehrheitsgesellschaft und der Reproduktion sozialer Ungleichheit verorten, erinnern uns vielmehr an die Beschränkung pädagogischer Programme, gerade dann, wenn sie sich an ausgegrenzte Gruppen richten.

Anmerkung

¹ Dies sind die drei wesentlichen Aspekte von Lebensbewältigung, wie sie Lothar Böhnisch (2002) definiert.

Literatur

Benhabib, S. (Hrsg.) 1996: Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

Böhnisch, L. 2002: Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit. In: W. Thole: Grundriss Soziale Arbeit. Opladen: Leske + Budrich, 199–213.

Bundesregierung 2010: Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung, Berlin.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002: Bericht. Bürgerschaftliches Engagement. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.

Erlinghagen, M./Rinne, K./Schwarze, J. 1999: Ehrenamt statt Arbeitsamt? Sozioökonomische Determinanten ehrenamtlichen Engagements in Deutschland. In: WSI Mitteilungen 4/1999, 246–255.

Ferree, M. M. 2000: Was bringt die Biografieforschung der Bewegungsforschung? In: Miethe, I./Roth, S. (Hrsg.): Politische Biografien und sozialer Wandel. Gießen, Psychosozial, 111–127.

Gensicke, T. / Picot, S. / Geiss, S. 2005: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trend-

hebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München.

Gensicke, T. / Geiss, S. 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. München.

Habermas, J. 1996: Three Normative Models of Democracy. In: Benhabib, S. (Hrsg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton, New Jersey: Princeton University Press. 21-30.

Holland-Cunz, B. 1994: Öffentlichkeit und Intimität - demokratietheoretische Überlegungen. In: Biester, E./Holland-Cunz, B./Sauer, B. (Hrsg.): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 227 - 246.

Jakob, G. 1993: Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biografieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen: Leske + Budrich.

Jakob, G. 2003: Biografische Strukturen bürgerschaftlichen Engagements. Zur Bedeutung biografischer Ereignisse und Erfahrungen für ein gemeinwohlorientiertes Engagement. In: Munsch, C. (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim und München: Juventa.

Klein, A. 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen: Leske + Budrich.

Koopmans, R. 2004: Migrant Mobilisation and Political Opportunities: Variation Among German Cities and a Comparison with the United Kingdom and the Netherlands. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, Jg. 30, Heft 3, 449-470.

Kreckel, R. 2001: Soziale Ungleichheit. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied: Luchterhand, 1729- 1735.

Kriesi, H. 2004: Political Context and Opportunity. In: Snow, D. A./Soule, S. A./Kriesi H. (Hrsg.): The Blackwell Companion to social movements. Malden, Oxford und Victoria: Blackwell.

Miehte, I. 2000: Biografie als Vermittlungsinstanz zwischen öffentlichen und privaten Handlungsräumen: Das Beispiel von Frauen der DDR-Opposition. In: Miehte, I./Roth, S. (Hrsg.): Politische Biografien und sozialer Wandel. Gießen: Psychosozial, 163-188.

Munsch, C. 2005: Die Effektivitätsfalle. Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung. Hohengehren: Schneider.

Munsch, C. 2010: Engagement und Diversity. Der Kontext von Dominanz und sozialer Ungleichheit am Beispiel Migration. Weinheim und München: Juventa.

Munsch, C. 2011: Engagement als Dominanzkultur - Entwurf eines diversitätsreflexiven Begriffs sozialen und politischen Engagements. In: DGfE-Kommission Sozialpädagogik (Hrsg.): „Bildung des Effective Citizen - Sozialpädagogik auf dem Weg zu einem neuen Sozialentwurf?“. Weinheim und München, 227-241.

Oelschlägel, D. 2001: Gemeinwesenarbeit. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. 2. Auflage. Neuwied: Luchterhand, 653-659.

Rommelspacher, B. 1995: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda-Frauenverlag.

Young, I. M. 1996: Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy. In: Benhabib, S. (Hrsg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 120-135.